

**Satzung
über die Erhebung einer Steuer
auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte
im Gebiet der Gemeinde Höchst i. Odw.
(Ersetzungssatzung)**

Aufgrund der §§ 5 und 51 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Oktober 2005 (GVBl. I, S. 674, 686), der §§ 1,2,3 und 7 des Hessischen Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) vom 17. März 1970 (GVBl. I S. 225), zuletzt geändert durch Artikel 7 b des Gesetzes zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und anderer Gesetze vom 31. Januar 2005 (GVBl. I S. 54) hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Höchst i. Odw. in der Sitzung vom 18. Dezember 2006 folgende Satzung (Ersetzungssatzung) über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Gemeinde Höchst i. Odw. beschlossen:

**§ 1
Steuererhebung**

Die Gemeinde Höchst i. Odw. erhebt eine Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte als örtliche Aufwandsteuer nach Maßgabe der in § 2 im Einzelnen aufgeführten Besteuerungstatbestände.

**§ 2
Steuergegenstand, Besteuerungstatbestände**

Gegenstand der Steuer ist der Aufwand für

- a) die Benutzung von Spiel- und Geschicklichkeitsapparaten, soweit sie öffentlich zugänglich sind,
- b) das Spielen in Spielclubs, Spielcasinos und ähnlichen Einrichtungen um Geld oder Sachwerte.

**§ 3
Bemessungsgrundlagen**

Die Steuer bemisst sich

1. zu § 2 a): nach der elektronisch gezählten Bruttokasse (Bruttokasse ist die elektronisch gezählte Kasse zuzüglich Röhrenentnahmen abzüglich Röhrenauffüllungen, Falschgeld und Fehlgeld);
2. zu § 2 b): nach der Gesamtfläche der dem Spielbetrieb dienenden Räume.

**§ 4
Steuersätze**

(1) Die Steuer beträgt

zu § 2 a):

je angefangenem Kalendermonat und Apparat

1. für Apparate mit Gewinnmöglichkeit

a) in Spielhallen

gem. 1. Änderung vom 27.11.1995

für die Zeit vom 01.01.1997 – 30.09.2001

gem. 2. Änderung vom 14.09.2001

für die Zeit vom 01.10.2001 bis 31.12.2001

gem. 2. Änderung vom 14.09.2001

für die Zeit ab 01.01.2002

10 v.H. der Bruttokasse,

höchstens 102,26 Euro,

höchstens 112,48 Euro,

höchstens 110,00 Euro,

- | | |
|---|--|
| b) in Gaststätten und an sonstigen Aufstellorten
gem. 1. Änderung vom 27.11.1995
für die Zeit vom 01.01.1997 – 30.09.2001
gem. 2. Änderung vom 14.09.2001
für die Zeit vom 01.10.2001 bis 31.12.2001
gem. 2. Änderung vom 14.09.2001
für die Zeit ab 01.01.2002 | <u>10 v.H.</u> der Bruttokasse,
höchstens 51,13 Euro,
höchstens 56,24 Euro,
höchstens 55,00 Euro, |
| 2. für Apparate <u>ohne</u> Gewinnmöglichkeit | |
| a) in Spielhallen
gem. 1. Änderung vom 27.11.1995
für die Zeit vom 01.01.1997 – 30.09.2001
gem. 2. Änderung vom 14.09.2001
für die Zeit vom 01.10.2001 bis 31.12.2001
gem. 2. Änderung vom 14.09.2001
für die Zeit ab 01.01.2002 | <u>5 v.H.</u> der Bruttokasse,
höchstens 40,90 Euro,
höchstens 40,90 Euro,
höchstens 40,00 Euro, |
| b) in Gaststätten und an sonstigen Aufstellorten
gem. 1. Änderung vom 27.11.1995
für die Zeit vom 01.01.1997 – 30.09.2001
gem. 2. Änderung vom 14.09.2001
für die Zeit vom 01.10.2001 bis 31.12.2001
gem. 2. Änderung vom 14.09.2001
für die Zeit ab 01.01.2002 | <u>5 v.H.</u> der Bruttokasse,
höchstens 20,45 Euro,
höchstens 20,45 Euro,
höchstens 20,00 Euro, |
| 3. für Apparate, mit denen sexuelle Handlungen oder Gewalttätigkeiten dargestellt werden oder die eine Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges zum Gegenstand haben, | |
| gem. 1. Änderung vom 27.11.1995
für die Zeit vom 01.01.1997 – 30.09.2001
gem. 2. Änderung vom 14.09.2001
für die Zeit vom 01.10.2001 bis 31.12.2001
gem. 2. Änderung vom 14.09.2001
für die Zeit ab 01.01.2002 | <u>30 v.H.</u> der Bruttokasse,
höchstens 76,69 Euro,
höchstens 81,81 Euro,
höchstens 80,00 Euro, |

zu § 2 b):

- | | |
|---|---|
| je angefangenem Quadratmeter und Kalendermonat
gem. Ersetzungssatzung vom 27.11.1995
für die Zeit vom 01.01.1997 – 30.09.2001
gem. 2. Änderung vom 14.09.2001
für die Zeit vom 01.10.2001 bis 31.12.2001
gem. 2. Änderung vom 14.09.2001
für die Zeit ab 01.01.2002 | 15,34 Euro,
20,45 Euro,
20,00 Euro, |
|---|---|

- (2) In den Fällen, in denen die Bruttokasse nach § 3 Ziff. 1 nicht nachgewiesen wird, gelten die in Abs. 1 genannten Höchstbeträge zugleich als Festbeträge.

§ 5

Verfahren bei der Besteuerung für vergangene und zukünftige Besteuerungszeiträume

- (1) Unter Berücksichtigung der vorstehenden Bestimmungen geänderte Steuerklärungen für die einzelnen Besteuerungszeiträume (Kalendervierteljahre) der Vergangenheit sind unter Beifügung entsprechender Belege bis spätestens zu dem vom Gemeindevorstand festzusetzenden Termin einzureichen.

- (2) Wurden im Gebiet der Gemeinde Höchst i. Odw. mehrere Apparate mit Gewinnmöglichkeit betrieben, so kann die Besteuerung nach der Bruttokasse für vergangene Besteuerungszeiträume nur für alle Apparate mit Gewinnmöglichkeit einheitlich mit Bindungswirkung für jeweils ein Kalenderjahr verlangt werden.
Das Gleiche gilt für Apparate ohne Gewinnmöglichkeit.
- (3) Die Besteuerung nach der Bruttokasse ist nur dann zulässig, wenn der Kasseneinhalt für alle im Gebiet der Gemeinde Höchst i. Odw. betriebenen Apparate mit Gewinnmöglichkeit manipulations- und revisionssicher durch elektronische Zählwerkausdrucke festgestellt und nachgewiesen werden kann.
Das Gleiche gilt für Apparate ohne Gewinnmöglichkeit.
- (4) Für künftige Besteuerungszeiträume kann anstelle der Besteuerung nach der Bruttokasse eine Besteuerung nach den in § 4 Abs. 1 genannten Höchstbeträgen, die zugleich Festbeträge sind, verlangt werden.
- (5) Der Antrag auf abweichende Besteuerung nach Abs. 4 ist bis zum 15. Tag nach Ablauf des ersten in einem Kalenderjahr zur Besteuerung anfallenden Kalendervierteljahres für die Zeit vom Beginn dieses Kalendervierteljahres an zu stellen.
- (6) Die abweichende Besteuerung nach Abs. 4 hat so lange Gültigkeit, bis sie schriftlich gegenüber dem Gemeindevorstand widerrufen wird. Eine Rückkehr zur Regelbesteuerung sowie erneute Wechsel zur abweichenden Besteuerung sind jeweils nur zum Beginn eines Kalenderjahres zulässig.
- (7) Werden im Gebiet der Gemeinde Höchst i. Odw. mehrere Apparate mit Gewinnmöglichkeit betrieben, so kann die abweichende Besteuerung nach Abs. 4 nur für alle Apparate mit Gewinnmöglichkeit einheitlich beantragt werden.
Das Gleiche gilt für Apparate ohne Gewinnmöglichkeit.

§ 6 Steuerschuldner

Steuerschuldner ist der Veranstalter. In den Fällen des § 2a) gilt der Halter (Eigentümer bzw. derjenige, dem der Apparat vom Eigentümer zur Nutzung überlassen ist) als Veranstalter.

§ 7 Anzeigepflicht

Der Veranstalter ist verpflichtet,

- a) im Falle des § 2a) das Aufstellen von Apparaten,
- b) im Falle des § 2b) den Beginn des Spielbetriebs und die Gesamtfläche der dem Spielbetrieb dienenden Räume

unverzüglich der Gemeinde -Steueramt- mitzuteilen.

§ 8 Entstehung, Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Der Steueranspruch entsteht mit der Verwirklichung des Besteuerungstatbestandes.
- (2) Der Steuerschuldner ist verpflichtet, die Steuer selbst zu errechnen.
Bis zum 15. Tag nach Ablauf eines Kalendervierteljahres ist dem Gemeindevorstand eine Steueranmeldung nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck einzureichen und die errechnete Steuer an die Gemeindekasse zu entrichten. Die unbeanstandete Entgegennahme der Steueranmeldung gilt als Steuerfestsetzung.
- (3) Ein Steuerbescheid ist nur dann zu erteilen, wenn der Steuerpflichtige eine Steueranmeldung nicht abgibt oder die Steuerschuld abweichend von der Anmeldung festzusetzen ist. In diesem Fall ist die Steuer innerhalb von 14 Tagen nach Bekanntgabe des Steuerbescheides zu entrichten.

- (4) Bei der Besteuerung nach der Bruttokasse sind den Steueranmeldungen nach Abs. 2 Zählwerk-Ausdrucke für den jeweiligen Besteuerungszeitraum beizufügen, die als Angaben mindestens Geräteart, Gerätetyp, Gerätenummer, die fortlaufende Nummer des Zählwerkausdruckes, die Spieleinsätze, die Gewinne und den Kasseneinhalt enthalten müssen.

§ 9

Steueraufsicht und Prüfungsvorschrift

Die Gemeinde –Steueramt- ist berechtigt, jederzeit zur Nachprüfung der Steuererklärungen und zur Feststellung von Steuertatbeständen die Veranstaltungsräume zu betreten und Geschäftsunterlagen einzusehen.

§ 10

Geltung des Gesetzes über kommunale Abgaben

Soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt, sind die §§ 4 bis 6 des Gesetzes über kommunale Abgaben in ihrer jeweiligen Fassung anzuwenden.

§ 11

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01. Januar 1997 in Kraft.
Sie ersetzt im Umfang der Änderungen die Satzung vom 27. November 1995 einschließlich der Satzung zur 1. Änderung vom 27. November 1995 sowie der Satzung zur 2. Änderung vom 14. August 2001.

Höchst i. Odw., den 19. Dezember 2006

Der Gemeindevorstand
der Gemeinde Höchst i. Odw.


Guth, Bürgermeister



Die Satzung (Ersetzungssatzung) zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Gemeinde Höchst i. Odw. vom 19. Dezember 2006 wurde gemäß § 6 der Hauptsatzung der Gemeinde Höchst i. Odw. vom 27. April 1993 in der Fassung der 4. Änderung vom 21. Dezember 2004 im Mümling-Boten in der Ausgabe vom 05. Januar 2007 öffentlich bekannt gemacht.

Höchst i. Odw., den 08. Januar 2007

Der Gemeindevorstand
der Gemeinde Höchst i. Odw.


Guth, Bürgermeister

